



BBU-Pressemitteilung
04.11.2025

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Endlager-Suchverfahren / Uranfabriken stilllegen!

(Bonn / Berlin, 04.11-2025) Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat am 3. November 2025 einen neuen Arbeitsstand auf der Suche nach dem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle veröffentlicht. Im so genannten BGE Endlagersuche - Navigator gibt es im Internet neue Einschätzungen der BGE zu 29 der bundesweit insgesamt 90 Teilgebiete, die für ein mögliches Endlager zur Diskussion stehen.

In einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) organisiert ist, heißt es kritisch dazu: „Es erinnert ein wenig an die Ziehung der Lottozahlen: Gebannt werden in den Gebieten, die von der Endlagersuche berührt sind, die Ausgrenzungsschritte der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) verfolgt. Ist man noch im Topf oder wurde man aussortiert?“

Und BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz merkt an: „Die Anti-Atomkraft-Bewegung hat schon in den 70er Jahren darauf hingewiesen, dass die Atommüll-Produktion unverantwortlich ist. Der AKW-Müll, für den es 50 Jahre später noch immer keine Lösung gibt, hätte vermieden werden können. Jetzt müssen Konsequenzen gezogen werden um die weitere Atommüllproduktion zu verhindern.. Die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen), in denen bisher ohne Laufzeitbegrenzung nuklearer Brennstoff für Atomkraftwerke in aller Welt hergestellt werden, müssen stillgelegt werden, damit sie nicht dauerhaft die weitere Produktion von Atommüll verursachen. Und die Pläne zum Bau neuer AKW, wie z. B. in den Niederlanden, müssen dauerhaft gestoppt werden.“

Folgend die Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 3.11.2025 im Originaltext:

Endlagersuche: die BGE präsentiert den neuen Arbeitsstand – Das Wendland bleibt weitgehend grau in grau

Es erinnert ein wenig an die Ziehung der Lottozahlen: Gebannt werden in den Gebieten, die von der Endlagersuche berührt sind, die Ausgrenzungsschritte der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) verfolgt. Ist man noch im Topf oder wurde man aussortiert?

Bekanntlich ist das Wendland auch nach dem Gorleben-Aus vor fünf Jahren noch im Pool potentiell geologischer Formationen, gleich vier Tongebiete sind es, die laut des ursprünglichen „Zwischenberichts“ der BGE die Region berühren.

Auf dem aktuellen BGE-Navigator bleiben große Flächen des norddeutschen Raums grau eingefärbt, d.h. ihre Eignung bleibt offen, während mit Ausnahme einiger Einsprengsel im süddeutschen Raum, vor allem in Bayern, die bisherigen Teilgebiete aus der weiteren Betrachtung herausfallen. Der Süden Deutschlands ist weitgehend durchanalysiert, bis 2027 will die BGE nur noch wenige oberirdisch weiter zu erkundende Regionen festgelegt haben.

Die BGE schreibt dazu, Bewertungen gebe es mittlerweile zu 29 der 90 Teilgebiete: „Die orange- und gelbeingefärbten Flächen haben die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen nicht bestanden und sind als Endlagerstandort ungeeignet (orange) oder gering geeignet (gelb). Des Weiteren greifen wir einen Wunsch aus der Öffentlichkeit auf, die verbleibenden Gebiete hinsichtlich des Bearbeitungsfortschritts weiter zu differenzieren. Die in Türkis dargestellten Gebiete zeigen, wo die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen abgeschlossen sind und die tiefergehende sicherheitsgerichtete Bewertung beginnt. Die grauhinterlegten Gebiete stehen noch am Anfang des Prüfprozesses, sollen aber bis Mitte 2026 auch die ersten beiden Prüfschritte durchlaufen haben, so dass dann keine grauen Flächen im Bundesgebiet mehr vorhanden sein werden.“

Das Problem: Die Entscheidungen der BGE sind nicht transparent, Daten und Quellen für die Entscheidungen sind für die interessierte Öffentlichkeit nicht nachprüfbar. Das war schon im vergangenen Jahr ein wichtiger Kritikpunkt. Und die politischen Konflikte sind absehbar, sobald 2027 die Standortregionen benannt werden: Proteste vor Ort werden sich mit Parteieninteressen und Länderegoismen vermengen, zumal der Bundestag wieder am Zuge ist, um den Fortgang der Endlagersuche per Gesetz zu entscheiden.

In der Berichterstattung über den neuen Arbeitsstand wird die Aufmerksamkeit selten auf die türkis eingefärbten Regionen gelenkt – die könnten im Jahr 2027 zu dem Favoriten gehören.

Das Wendland bleibt also vorerst weitgehend grau in grau.

„Das Wendland ist bei der Endlagersuche noch mit großen, grauen Flächen dabei“, resümiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Die BGE hält offensichtlich am Teilgebiet 004 fest. Das Teilgebiet „Tertiäres Tongestein“ umfasst 62.885 km², das sich über den ganzen norddeutschen Raum erstreckt und das bei einer Überprüfung im Jahr 2021 durch die geologischen Dienste norddeutscher Länder durchweg schlechte Noten bekam.

Nur ein recht schmaler Streifen zwischen Clenze und Langendorf sowie zwischen Woltersdorf, Trebel und Gartow – quasi die Südflanke des Salzstocks Gorleben – fallen aus der weiteren Betrachtung heraus.

„Wir hatten die Erwartung, dass unsere fachlichen Hinweise – Anfragen, Hinweise auf wissenschaftliche Aufsätze und Forschungsergebnisse – zu den Tongebieten und den Auswirkungen kommender Kaltzeiten auf den Untergrund Berücksichtigung finden. Wir hätten uns in unserer Arbeit künftig lieber nur auf die Probleme der verlängerten Zwischenlagerung konzentriert, müssen nun aber auch bei der Endlagersuche durchstarten und am Ball bleiben“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Wolfgang Ehmke, Pressesprecher, Tel. 0170 510 56 06

Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de>

BGE-Endlagersuch-Navigator: <https://www.bge.de/de>

+++++

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.